Nr. 151 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 1. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13628, 13688, 13697, 17168. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.50, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Kraffin in London

Am 27. Mai ist Leonid Borissowitsch Kraffin in London eingetroffen. Seinen Besuch begrüßt man in der englischen Hauptstadt mit gemischten Gefühlen. Der bolschewistische, wirtschaftliche Unterhändler ist dort zwar inoffiziell mit korrekter Höflichkeit empfangen und sogar photographiert worden, aber über eine mit echt englischer Gewissenhaftigkeit in journalistischer Aufmachung hinausgehende Schilderung seiner Persönlichkeit in biographischer und sonstiger Beziehung ist es, soweit man bisher sehen kann, nicht gekommen. Im übrigen ergeht sich die Presse in allerlei Kombinationen über den mutmaßlichen Verlauf der Unterhandlungen. Sie kann es sich dabei nicht versagen, einige seiner Aeußerungen über den Zweck seines Aufenthaltes mit einer etwas starken Dosis Ironie zu glossieren.

Vor allen Dingen legt man, und das ist bezeichnend, auf die Feststellung Gewicht, daß Kraffin nicht als Gast der englischen Regierung in London weilt. Die „Daily Mail" macht sich sogar in unverblümter Weise über die angeblich bis zum Bersten gefüllten russischen Getreidescheuern lustig, die der russische Abgesandte als Unterpfand für englische wirtschaftliche Zugeständnisse gestikulierend in den Vordergrund schiebt. Lloyd George scheint dagegen, der „Daily Mail" zufolge, dem Kraffinschen Angebot sympathisch gegenüberzustehen. Anderseits jedoch ist man der Ansicht, daß Rußland als Voraussetzung für den Beginn der Verhandlungen, die im Laufe dieser Woche ihren Anfang nehmen sollen, positive Angaben über die noch immer in Moskau festgehaltenen britischen Gefangenen abgeben soll. Weiter aber — und das ist sehr fein gesagt und echt englisch — wünscht man in London zu wissen, welche Maßnahmen die bolschewistische Regierung zu treffen gedenkt, um die wütende englandfeindliche Propaganda zu unterbinden, die von bolschewistischen Agenten in verschiedenen Weltteilen betrieben wird.

Hier scheint uns in der Tat der Angelpunkt zu liegen. Wegen des für den Bestand des britischen Imperialismus nicht ungefährlichen bolschewistischen Spaltpilzes möchte man in London die Sicherheit des Weltreiches unter britischem Zepter durch einige Konzessionen erkaufen. Daß diese Vermutung nicht weit ab von der Wirklichkeit liegen kann, geht auch schon daraus hervor, daß man sich in eingeweihten Kreisen von den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Kraffin nicht viel verspricht. Besonders wird daran gezweifelt, ob Rußland genügend Getreide und zu solchen Preisen liefern könne, um dadurch den englischen Preis zu senken. Die in auswärtigen Fragen immer etwas optimistische liberale Presse dagegen meint, daß die Verhandlungen einen günstigen Verlauf zu nehmen versprechen. Die „Daily News" sprechen sogar offen aus, daß die begründete Vermutung dafür besteht, daß durch die Ankunft Kraffins die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland verbürgt ist. In scharfen Worten geißelt sie die englische Politik, die sich so lange gegen Verhandlungen mit Räte-Rußland gewandt und dadurch den Hungertod von Hunderttausenden von Russen verschuldet hätte. Sie meint dann, diese Politik hätte dadurch unermeßlichen Schaden angerichtet, daß in der englischen Arbeiterschaft infolgedessen eine starke Erbitterung erzeugt worden sei.

Die Verhandlungen werden durch drei Momente besonders bestimmt:

1. Es werden rein wirtschaftliche Verhandlungen mit Moskau geführt,
2. politische Konzessionen seitens Rußlands sind als Grundbedingung auszuschließen und
3. die Sympathie der englischen Arbeiterschaft und des Liberalismus für eine Anbahnung wirtschaftlicher Verhandlungen ist vorhanden, dagegen steht aber gesundes Mißtrauen bei den konservativen Kreisen.

Ob trotzdem die Verhandlungen tatsächlich zu einem positiven Ergebnis führen werden, soll dahingestellt bleiben. Wir stellen lediglich fest, daß allein die Anbahnung eines Meinungsaustausches in wirtschaftlichen Fragen und die eventuelle Lösung der ökonomischen Lebensfragen ohne Gewalt einen großen Fortschritt darstellt.

Es erhebt sich bei dieser Gelegenheit auch die Frage, die für uns von größtem Interesse ist: Wo bleiben die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, wenn die politischen Schwierigkeiten, die in äußerst starkem Maße zwischen dem großkapitalistischen England und Sowjetrußland bestehen, kein Hindernis für eine Anbahnung wirtschaftlicher Verhandlungen gewesen sind? Warum waren nicht auch Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau möglich? Warum haben sich selbst die Verhandlungen mit Victor Kopp fast ausschließlich auf die Frage Rücktransportes der Kriegsgefangenen beschränkt, die in englisch-russischen Verhandlungen gewissermaßen nebenher gelöst werden sollen? Gewiß ist unsre Kaufkraft auf ein Mindestmaß beschränkt, aber selbst ein Laie muß erkennen, daß Deutschland Rußland noch mancherlei auf industriellem Gebiete liefern kann. Sollte es da nicht möglich sein, in Berlin Parallelverhandlungen anzubahnen, die es ermöglichen, sowohl Deutschland wie Rußland im Tauschverkehr dasjenige zuzuführen, dessen die Länder am dringendsten benötigen, um die Vorbedingungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen? In dieser Beziehung sollte man sich die Londoner Beratungen zum Vorbild nehmen und die wirtschaftlichen Abmachungen nicht an politischen Erwägungen scheitern lassen, die gegenüber der ökonomischen Notlage zurücktreten.

Gründliche Vorbereitungen

+ **Paris**, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Unterredung, die in dieser Woche zwischen Kraffin und den Vertretern des Obersten Wirtschaftsrates stattfinden wird, scheint sehr gründlich in der Downing-Street vorbereitet zu sein. Man meldet, daß der englische Vertreter an den Wirtschaftsverhandlungen, Wise, der mit Kraffin schon in Kopenhagen in Verbindung stand, die dort unterbrochenen Verhandlungen fortsetzen wird. Die politische Haltung dieser bolschewistischen Handelskommission ist vielen nicht mehr zweifelhaft. Man hat sogar beschlossen, die Sachverständigen, die Herrn Wise zur Verfügung stehen, in zwei Gruppen zu teilen, in eine politische und in eine rein kommerzielle und finanzielle Gruppe.

Befürchtungen Poincarés

ITA. **Köln**, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) **Einer Pariser Depesche der „Kölnischen Zeitung" zufolge, drückt Poincaré in der „Revue des deux Mondes" die Ansicht aus, man habe dem Versailler Vertrag durch das Nachgeben in der Auslieferungsfrage und durch die Hinausschiebung der Entwaffnungsfrist einen Stoß versetzt. Die Festsetzung der deutschen Schuld brauche in keiner Weise die Aufbringung von Abzahlungen aufzuhalten. Das beweise das Protokoll vom 28. Juni 1919. Es sei aber heute der Fall, daß die deutsche Regierung innerhalb der gewährten Frist einen vorgeschriebenen Vorschlag nicht gemacht habe. Er bleibt dabei, daß der Wiedergutmachungsausschuß seinen Zweck verloren habe, wenn man eine Pauschalsumme festsetze. Der ehemalige Präsident vertritt die Meinung, die Konferenz von Spa könne eines der gefährlichsten Abenteuer werden.**

Der unsichere Konferenztermin

kg. **Rotterdam**, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times" melden: Die Konferenz in Spa, deren Verschiebung in Paris entschieden wird, findet vielleicht auch im Juli noch nicht statt. Lloyd George geht aus Familienrücksichten am 5. Juli vier Wochen in Ferien und ist während dieser Zeit nicht in London. Wenn die Konferenz überhaupt noch stattfindet, kann es nur im zweiten Teil des Hochsommers sein.

☞ **Paris**, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Intransigeant" meldet, daß die Konferenz von Spa trotz der Bitte Nitti's um neuerlichen Aufschub zum festgesetzten Zeitpunkt stattfinden wird. Die französische und englische Regierung haben nach gegenseitigem Einvernehmen über die Vorschläge des italienischen Premiers beschlossen, sie abzulehnen, da die deutsche Regierung sich mit dem 21. Juni als Beginn der Konferenz einverstanden erklärt hat.

Guthaben französischer Privatfirmen

+ **Paris**, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 1. Juni beginnt in Paris die Tätigkeit eines Amtes, das sich mit Guthaben der französischen Privatfirmen, die nach dem Krieg noch in Deutschland bestehen, befassen soll. Die Frist für die Anmeldung dieser Guthaben läuft vom 1. Juni bis 1. Dezember. Es soll eine gemischte Kommission eingesetzt werden.

Abtrennung des Saargebiets

Wie verschiedene Blätter des Saargebiets melden, wird das Saargebiet zur Zeit auch äußerlich von Deutschland getrennt. Man findet im Saargebiet, zum Beispiel im Dreisbacher Tal, schon Grenzsteine, auf deren einen Seite ein S. (Saargebiet), auf der andern Seite ein D. (Deutschland) angezeichnet ist. Alle hundert Meter ragt ein derartiger Stein aus der Erde. Die Blätter finden es auffallend, daß die Grenzsteine gesetzt worden, ohne daß die eigentliche Grenzlinie festgelegt ist.

Dies Kind, kein Engel ist so rein!

Aus Mainz wird gemeldet: Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee erklärte in einem Tagesbefehl an die senegalesische Brigade, die jetzt die Rheinarmee verlasse, die Truppe habe sich im besetzten Gebiete die Sympathie aller Einwohner erworben (!), die mit ihr in Berührung gekommen seien. Die Senegalesen könnten mit Stolz ihre Sittenreinheit (!) ins Feld führen entgegen den verschiedenen Anklagen von Leuten, die so leicht vergäßen, wessen sie sich in Afrika, Frankreich und Belgien schuldig gemacht hätten. Das „Echo du Rhin" betont, daß die Abberufung der senegalesischen Brigade keine Folge des deutschen Feldzuges gegen die schwarzen Truppen sei.

Behinderung der Wahlagitation

+ **Frankfurt**, 31. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die französischen Behörden verbieten, laut der „Frankfurter Zeitung", ohne jeden sichtbaren Grund an mehreren Orten des besetzten Gebietes die Abhaltung von Wahlversammlungen.

Ein Uebergriff der Franzosen

Aus Beuthen wird gemeldet: Die Franzosen hielten am Ring die elektrische Straßenbahn an und riffen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide heraus, der zur Zeit in Oberschlesien Vorträge über Amerika hält. Während die Franzosen vor dem Hotel Lumnitz mit Heide verhandelten, fiel von der französischen Wache in diesem Hotel plötzlich ein Schuß, durch den Heide ins Herz getroffen wurde. Obwohl die Erregung unter der Bevölkerung noch sehr groß ist, kam es bisher nicht zu Ausschreitungen.

Polnische Verleumdung

Ein polnischer Funkspruch aus Warschau an alle vom 22. Mai bringt u. a. folgende Nachricht:

Bis zum 6. Mai ist es den Deutschen gelungen, in Oberschlesien einhundertfünfundzwanzigtausend Mann an Truppen einzuführen. Unter ihnen befindet sich die berühmte Marinedivision Ehrhardt. In Myslowitz, Szopienitze und Rosdzien haben deutsche Truppenübungen stattgefunden. Die Deutschen erklären, sie würden Oberschlesien nicht freiwillig räumen, eher würden sie die alliierten Truppen entwaffnen.

Hierzu wird durch das offiziöse Wolff-Bureau erklärt: Reichswehr befindet sich im Abstimmungsgebiet Oberschlesien überhaupt nicht, so daß die Angaben über Truppenübungen auf freier Erfindung beruhen. Die Marinebrigade Ehrhardt befindet sich zur Auflösung im Munsterlager. Die von den Polen selbst gemeldete Tatsache, daß die Interalliierte Kommission bis jetzt noch keine Maßnahmen getroffen hat, um dieser „heimlichen deutschen Invasion" entgegenzutreten, beweist am besten die Haltlosigkeit der polnischen Angriffe.

Eine Kundgebung der Berliner Garnison

In den Beginn der wetterdunklen Woche vor den Wahlen fiel die feierliche Erklärung der Groß-Berliner Truppenführer vor dem Reichswehrminister Dr. Geßler, daß sie und die ihnen unterstellten Truppen bedingungslos die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Umsturz, komme er von rechts oder von links, nötigenfalls auch mit den Waffen schützen würden, als ein Lichtstrahl für die Regierung. Denn jede Täuschung darüber wäre verhängnisvoll, daß die Extremen beider Richtung augenblicklich wieder glauben, die Stunde sei gekommen, in der auch ihr Weizen wieder blühe und der Ernte entgegenreife. Die von links sehen in den Erfolgen der Bolschewisten gegen die Polen ein gutes Vorzeichen für ihre eignen Aussichten in Deutschland, und die von rechts glauben andere, innerpolitische Zeichen dafür zu haben, daß sich das Blatt zu ihren Gunsten wenden werde. Die sich häufenden Sprengungen von Versammlungen, die Wahlzwecken dienen, durch gewalttätige Elemente sind die beorganisierregenden Beweise für die gehobene Stimmung der Radikalen, besonders für die auf der Linken.

Wer, wie die Demokraten, auf dem Standpunkt steht, daß der Wahlkampf nur mit geistigen Waffen geführt werden darf, der lehnt Vergewaltigungen des politischen Gegners durch ungestellte Horden nicht nur ab, sondern er fordert mit Entschiedenheit, daß die Regierung alle die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel einsetze, um die politische Meinungsfreiheit ohne Unterschied der Partei zu schützen. Im Feuer des Wahlkampfes ist ja die Verfassung selbst einer Existenzprobe ausgesetzt. Die Störenfriede wollen jetzt ihre Todfeindschaft gegen eine verfassungsmäßige Demokratie zur vollen Entladung bringen. In diesem Augenblick ist das Treuegelöbnis der Berliner Truppenführer eine Tat, die zwar nur eine Selbstverständlichkeit darstellt, aber doch Beruhigung in weiten Kreisen der Bevölkerung schaffen wird. An der Regierung ist es nun, die demokratischen Errungenschaften in kraftvoller Entschlossenheit zu schützen, nicht einer Partei, sondern dem Vaterland zuliebe, das nur bei verbürgter öffentlicher Ordnung aus dem Elend herausgeführt werden kann. Die werbende Kraft der Parteiprogramme soll sich jetzt ungehindert offenbaren, so will es die Verfassung, so will es nach seiner jüngsten Erklärung auch der eigentliche Wahlminister, der Leiter des Ressorts für Inneres, Dr. Koch. Er hat feierlich und glaubwürdig versichert, wir werden unbedingt dafür sorgen, daß im Wahlkampf die Versammlungsfreiheit in jeder Weise gesichert ist. Danach ist zu verfahren.

Die Erklärung der Kommandeure

Das Reichswehrministerium teilt mit: Aus Anlaß der zahlreichen Putschgerüchte, die in der letzten Zeit wiederholt auftauchten, erschienen am Sonntag die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister Dr. Geßler und legten ihm folgende Erklärung vor: „Wir versammelten Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin geben hiermit dem Herrn Reichswehrminister die feierliche Erklärung ab, daß wir und die uns unterstellten Truppenteile bedingungslos hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehen und daß wir mit unsern Truppen bereit sind, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Vorstoß, komme er von rechts oder von links, wenn es nötig sein muß, auch mit den Waffen, zu schützen. Wir bitten, diese Erklärung auch dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten."

Der Reichswehrminister erwiderte darauf: Mit Befriedigung nehme ich die feierliche Erklärung Ihrer Loyalität entgegen. Sie gibt mir die Gewißheit, daß wir den nächsten Wochen mit unbedingter Ruhe und Sicherheit entgegengehen können. Meine Herren, ich danke Ihnen. Uebermitteln Sie bitte allen Ihren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften meine kameradschaftlichen Grüße. Meine Herren, ich vertraue Ihnen, ich baue auf Ihr gegebenes Manneswort und danke Ihnen von ganzem Herzen. Ich werde heute noch dem Herrn Reichspräsidenten Meldung erstatten.

Der Reichspräsident nahm die Erklärung gleichfalls mit Dank und Befriedigung entgegen.

Die Brigade Döberitz in Bereitschaft

* **Frankfurt a. M.**, 31. Mai. Der Reichswehrminister Dr. Geßler äußerte gegenüber dem Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung" u. a., daß die für außerordentliche Fälle geschaffene, unter dem Befehl des Generals v. Reinhardt stehende Brigade Döberitz aufgestellt und völlig verwendungsbereit ist. Sollte von irgendeiner Seite ein neuer Putsch geplant oder durchgeführt werden, so wird dieser mit allen Mitteln und äußerster Energie niedergeschlagen werden.

Gegen die Geheimbündler

Das Wolff-Bureau teilt mit: In der letzten Zeit haben sich Bestrebungen bemerkbar gemacht, die entlassenen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlicher Formationen zusammenzuschließen, um der Auflösung Widerstand zu leisten oder aufgelöste Verbände wieder zu vereinigen. Um diesen Vorgängen, die nicht nur die Ausführung der von Deutschland im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen gefährden, sondern auch zur Beunruhigung der Bevölkerung führen, tatkräftig begegnen zu können, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung in einer Verordnung vom 30. Mai besondere Maßnahmen angeordnet. Durch diese Verordnung wird die Aufforderung an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zu vereintem Ungehorsam oder gewaltsamem Widerstand gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Verringerung und Umgliederung der bestehenden Verbände, oder der Widerstand gegen solche Anordnungen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Stelle Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Der Reichswehrminister ist ermächtigt, zur Aburteilung solcher Straftaten nach Bedarf außerordentliche Gerichte einzusetzen.

Demokratie und Außenpolitik

Von Professor Dr. N. J. Bonn

Die deutsche Außenpolitik hat heute eine große Aufgabe zu lösen. Sie muß versuchen, eine solche Ausführung des Versailler Friedensvertrages herbeizuführen, daß der Wiederaufbau Deutschlands möglich ist. In weiten Kreisen wird der Frieden von Versailles mit vollem Recht als Gewaltfriede angesehen, der mit allen Mitteln umgestoßen werden müsse. Man spricht von Revanche und rüstet auf den kommenden Tag. Insbesondere denken einflußreiche Politiker der Rechten, denen patriotisches Gefühl nicht abzusprechen ist, in dieser Art, und sie suchen vor allem die Jugend für diese Ideen zu begeistern. Sie vergessen aber zu leicht, daß es nicht Aufgabe des höchsten Patriotismus ist, seinen Gefühlen freien Lauf zu lassen, sondern erträgliche Lebensbedingungen für das deutsche Volk zu schaffen. Wer heute von bewaffneter Revanche spricht, erreicht damit nur, daß die fremde Besatzung des Rheinlandes zu einer dauernden wird, daß nicht nur die im Friedensvertrag enthaltenen politischen Bestimmungen rücksichtslos ausgeführt werden, sondern, daß darüber hinaus politischen Machenschaften neue Kraft zugeführt wird, gegen die uns der Friede, schlecht wie er ist, zu schützen schien. Das einzige, das wir noch aus dem Zusammenbruch gerettet haben, ist die Reichseinheit. Wer an Revanche mit Waffengewalt denkt, stärkt die Strömungen in Frankreich, die die Zerschlagung des Reiches erstreben. Die Bestimmungen des Friedens von Versailles, die Deutschland Eisen und Kohle entziehen, sind nicht gemacht worden, um den deutschen Wettbewerb stillzulegen, sie sind getroffen worden, um Deutschland zu einem halben Agrarland herunterzudrücken, dessen Bevölkerung der französischen Bevölkerung an Zahl etwa gleichkommen soll und um dieser Bevölkerung die natürlichen Hilfskräfte für jede militärische Revanche zu entziehen.

Dagegen kann man, wie das auf der äußersten Linken geschieht, natürlich auf ein Bündnis mit dem bolschewistischen Rußland hinweisen und die Hoffnung aussprechen, daß ein bolschewistisches Deutschland im Bunde mit einem solchen Rußlands vielleicht den Frieden von Versailles umstoßen könne. Das ist denkbar. Eine solche Außenpolitik würde aber nicht nur den Frieden von Versailles umstoßen und die heute in Deutschland bestehende Gesellschaftsordnung, sondern auch das Gefüge des Reiches zerbrechen. Süddeutschland wird, insbesondere nach den bayrischen Erfahrungen des letzten Jahres, nicht bolschewistisch werden. Es könnte zum Bürgerkrieg dort kommen, aber in Süddeutschland würde das Land und nicht die Stadt in einem solchen siegen. Bolschewistische Träumer hoffen, daß der Funken den Rhein überspringen und Frankreich, Belgien und Italien in gleicher Weise dann in Mitleidenschaft ziehen werde wie Deutschland. Das mag dem Gegner schaden, dem deutschen Volke wird es nichts helfen. Das seitländische Europa, ganz einerlei, wo man die Grenzen zieht, ist mit seiner starken industriellen Bevölkerung auf Zuschüsse an Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Uebersee angewiesen.

Ein bolschewistisches Europa wird in seiner Produktion gewaltig zurückgehen. Es wäre noch in ganz andrer Weise, als das heute der Fall ist, auf fremde Zufuhren angewiesen. Es wird diese fremden Zufuhren nicht erhalten. So bleibt für die deutsche Außenpolitik weder die Möglichkeit der gewaltsamen Wendung gegen Westen, noch der Zusammenschluß mit dem bolschewistischen Osten. Sie kann nur dann Erfolge erzielen, wenn sie die Methoden der Gewalt, die die äußerste Linke wie die äußerste Rechte als die einzige Methode der Politik betrachtet, ein für allemal aufgibt und den Versuch macht, ihre politischen Lebensnotwendigkeiten mit den Methoden der Verständigung und der Ueberredung durchzusetzen. Dies ist die Politik gewesen, die die in der Koalition vereinigten Parteien vertreten haben. Es wird die Politik sein, die die deutsche Demokratie in Zukunft betreiben muß. Kann man sich vorstellen, daß eine deutsche Vertretung in Spa, auf deren Zusammensetzung die deutsche Volkspartei von entscheidendem Einfluß wäre und vielleicht gar durch ihre außenpolitisch interessierten Mitglieder, sei es Herr Dr. Stresemann, Herr v. Berdner oder Herr v. Kemnitz, vertreten wäre, bessere finanzielle Bedingungen erzielen könnte, als etwa die heutige Regierung? Man muß sich darüber klar sein, daß die Beteiligung an der Regierung von Gruppen annexionistischer Färbung den geringen moralischen Kredit politischer Aufrichtigkeit vermindern würde, über den die deutsche Regierung heute erst verfügt. Nicht weniger ungünstig würde ein scharfes Ausschlagen nach links auf die Führung der deutschen Außenpolitik wirken.

Die Mächtegruppen, von denen es abhängt, ob der Vertrag von Versailles uns leben lassen wird oder nicht, lieben den Sozialismus nur als Gegenstand des überseeischen Bedarfs. Sie werden sich kaum bereit finden, z. B. eine Valutaanleihe mit einer Regierung abzuschließen, die ihnen als Gegner jeden Privateigentums erscheint, denn die Grundlage derartiger Anleihen ist für sie das Bestehen einer sicher fundierten Privateigentumsordnung. Jeder Ausgang der Wahlen, der, sei es nach rechts oder sei es nach links, eine Schwächung der deutschen Demokratie, wie sie sich heute in der Koalitionsregierung verkörpert, zur Folge hätte, müßte die Außenpolitik der deutschen Regierung erschweren. Daher muß jede andre Regierung, in der die vernünftigen Elemente von rechts oder von links das entscheidende Wort sprechen, die gleiche Politik machen, die die Koalition eben macht. Das würde ihr aber viel schwerer fallen, da man sie mit größerem Mißtrauen betrachten würde. Und da keine deutsche Regierung in der nächsten Zeit in der Lage sein wird, die Ziele ihrer Politik anders durchzusetzen, als durch den Appell an die vernünftige Einsicht der ehemaligen Gegner, wenngleich sich diese nur sehr langsam herausbildet, so muß sie mit dem Vertrauen derjenigen Kreise im Ausland rechnen, die an den Gedanken der Verständigung glauben. Je größer das Vertrauen ist, das man ihr entgegenbringt, um so stärker werden schließlich diese Kreise werden, und um so größer die Möglichkeit erfolgreicher demokratischer Außenpolitik.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200601/1